

## Information nach Artikel 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

(Erhebung personenbezogener Daten bei der betroffenen Person oder bei Dritten)

Bezeichnung der Datenverarbeitung	Beistandschaft, Beratung, Unterstützung
Verantwortlich	Stadt Essen – Der Oberbürgermeister Jugendamt Adresse: Kopstadtplatz 12, 45127 Essen Telefon: 0201 – 88-51235 E-Mail: beistandschaften@jugendamt.essen.de
Datenschutzbeauftragter	Adresse: Rathaus, Porscheplatz, 45121 Essen Telefon: +49 201 88-11006 E-Mail: datenschutz@essen.de
Zweck/e der Datenverarbeitung	Für die Beratung und Unterstützung bzw. Führung der Beistandschaft zur Vaterschaftsfeststellung und/oder der Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen.
Rechtsgrundlage/n	§ 56 SGB VIII i.V. mit § 1712 f. BGB und § 68 SGB VIII.
Empfänger der Daten	Neben der Datenverarbeitung durch das Jugendamt der Stadt Essen erfolgt eine Übermittlung ggfs. an: Putativvater, Mutter, Leiblicher Vater /Unterhaltspflichtiger, Betreuer / gesetzlicher Vertreter, Behörden und Institutionen (z.B. Gerichte, Versicherungen, andere Verwaltungen, JobCenter, Arbeitgeber etc.)
Datenübermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation	Sofern der Putativvater oder gesetzliche Vater seinen Wohnsitz außerhalb Deutschlands hat, werden zur Feststellung der Vaterschaft und/oder zur Realisierung von Unterhaltsansprüchen des Kindes die Daten an die zuständigen Behörden des Landes übermittelt, in dem die Person lebt.
Datenerhebung bei Dritten	Im Bedarfsfall werden die erforderlichen Daten bei anderen Behörden, Sozialleistungsträgern, Arbeitgebern, Krankenkassen etc. eingeholt.
Dauer der Speicherung	Die Daten werden nach § 67c SGB X gespeichert, solange sie zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben erforderlich ist. Zur Wahrung schutzwürdiger Interessen können die Daten gesperrt und 10 Jahre nach Erreichen der Volljährigkeit gespeichert werden. Danach werden die Daten gelöscht. Elektronische Daten werden gesperrt. Der Unterhaltstitel wird mit Erreichen der Volljährigkeit dem Jugendlichen ausgehändigt.
Rechte der Betroffenen	Betroffene Personen haben folgende Rechte, wenn die gesetzlichen und persönlichen Voraussetzungen erfüllt sind: - Recht auf Auskunft über die verarbeiteten personenbezogenen Daten (Art. 15) - Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten (Art. 16) - Recht auf Löschung der personenbezogenen Daten (Art. 17) - Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung (Art. 18) - Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20) - Recht auf Widerspruch gegen die Datenverarbeitung wegen besonderer Umstände (Art. 21) - Recht auf Beschwerde an die Aufsichtsbehörde bei Datenschutzverstößen (Art. 77) - Recht auf Widerruf bei Einwilligungen (Art. 7)
Zuständige Aufsichtsbehörde	Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit NRW Kavalleriestr. 2-4 40213 Düsseldorf Telefon: 0211/38424-0

	Telefax: 0211/38424-10 E-Mail: <a href="mailto:poststelle@ldi.nrw.de">poststelle@ldi.nrw.de</a> Internet: <a href="http://www.lds.nrw.de">www.lds.nrw.de</a>
Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist hier vorgeschrieben durch	§ 56 SGB VIII i.V. mit § 1712 f. BGB und § 68 SGB VIII
Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist hier für einen Vertragsabschluss erforderlich	Kein Vertrag, aber Daten für das Führen einer Beistandschaft sowie der Beratungs- und Unterstützungsleistung notwendig.
Es besteht hier eine (rechtliche) Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten	Nein
Die Nichtbereitstellung der Daten hätten nebenstehende mögliche Folgen	Es kann keine Beistandschaft zur Feststellung der Vaterschaft und/oder zur Realisierung der Unterhaltsansprüche eingerichtet werden und dem Kind können Rechtsansprüche verloren gehen.